

Nr. 19/06 vom 19.03.2019

Internationaler Energiedialog

USA vs. Russland - Die Folgen unilateraler Sanktionen auf die europäische Energieversorgung

Berlin. Seit Anfang 2014 befinden sich die Regierungen der USA und von Russland im Stadium geopolitischer Auseinandersetzungen, die im Wesentlichen mittels wirtschaftlicher Sanktionen geführt werden. Im Rahmen des Internationalen Energiedialogs am 14. März 2019 wurde über die Folgen diskutiert, die sich daraus für die europäische Energieversorgung ergeben könnten.

Die europäische Energieversorgung drohe in der geopolitischen Auseinandersetzung zwischen den USA und Russland aufgegeben zu werden, mahnte Dr. Sascha Lohmann, Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Amerika bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), bei der Vorstellung der SWP-Kurzstudie „US-Russland-Politik trifft europäische Energieversorgung“ während des Internationalen Energiedialogs des Forum für Zukunftsenergien e.V. Von 2014 bis 2016 unter Obama seien die US-Sanktionen noch verhältnismäßig zurückhaltend gewesen und hätten sich auf bestimmte Sektoren beschränkt. Dabei sei auch Rücksicht auf die europäische Energieversorgung genommen worden. Seit dem Amtsantritt Donald Trumps im Jahr 2017 schwinde hingegen diese Rücksichtnahme. Hinzu komme, dass für die Rücknahme oder Lockerung einmal verhängter Sanktionen durch den US-Kongress sowohl bei Demokraten als auch Republikanern hohe Hürden zu erkennen seien. Insgesamt zog Dr. Lohmann das Fazit, dass die strategische Autonomie Europas im Energiebereich mittel- bis langfristig unmittelbar bedroht sei.

In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Dr. Nils Schmid, MdB (SPD), Alexander Kulitz, MdB (FDP), Jürgen Trittin, MdB (Bündnis 90 / Die Grünen), Philipp Nießen, Referent Energie- und Klimapolitik beim BDI e.V., und Dr. Kirsten Westphal, Senior Associate bei der SWP, unter Leitung von Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V., und Carl Graf von Hohenthal, Senior Adviser bei der Brunswick Group GmbH, über diese Problematik. Dabei betonte der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Schmid, dass Sanktionen generell nur dann erfolgreich seien, wenn zuvor ein klares Ziel bezüglich der gewünschten Verhaltensänderung definiert würde. Dieses sei zurzeit aber nicht der Fall. Vielmehr seien die Sanktionen, mit denen Russland belegt sei, auf die reine Repression ausgelegt. Um in den Konflikten zwischen den USA und Russland nicht zerrieben zu werden, müsse die Autonomie der EU gestärkt werden - auch energiepolitisch. Einen Ansatzpunkt sah er u.a. darin, den Handel mit Ressourcen auf den Euro umzustellen. Alexander Kulitz MdB, Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für Außenhandel und Außenwirtschaft, hob hervor, dass die US-Sanktionen insbesondere gegen das Pipelineprojekt „Nord Stream 2“ neben einem Eingriff in die europäische Versorgungssicherheit auch einen Anschlag auf die Souveränität der EU darstellten. Daher sei es erforderlich, eine einheitliche Strategie der EU-Mitgliedstaaten zu erarbeiten, mittels derer die Souveränität verteidigt werde. Jürgen Trittin MdB unterstrich, dass das Fehlen einer einheitlichen EU-Energiepolitik ein grundsätzliches Problem darstelle. Sollte es nicht gelingen, nationale Interessen zugunsten einer einheitlichen EU-Energiestrategie hintenan zu stellen, werde die EU zum „Spielball“ der anderen Player werden. Zusätzlich müsse aber auch die Nachfrage nach Erdgas verringert werden, um von externen politischen oder wirtschaftlichen Spannungen unabhängiger zu werden, mahnte Trittin. Deutschland sei hierfür in einer komfortablen

Situation, da Erdgas noch keine große Rolle in der Stromerzeugung spiele. Mit Blick auf Russland warnte er davor, diesen Nachbarn ökonomisch „totzurüsten“ – ein „failed state“ mit Atomwaffen stelle ein großes Risiko dar. Dr. Kirsten Westphal bewertete die fehlende EU-Energiestrategie ebenfalls als großes Problem, in dessen Folge es schwierig werden könnte, zukünftig die Energieversorgungssicherheit aufrecht zu erhalten. Zudem sei es besorgniserregend, dass indische und chinesische Staatsunternehmen das Vakuum auf den eurasischen und russischen Märkten, welches durch den Rückzug der europäischen Unternehmen aufgrund der Sanktionen entstanden sei, für den Ausbau ihrer Stellung nutzten. Sie plädierte dafür, aktiv einen Ausweg aus dieser Situation zu suchen und damit zu beginnen, die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland erst einmal auf technischer Ebene und im Bereich der Normen- und Standardsetzung zu stärken sowie Interdependenzen aufzubauen. Philipp Nießen forderte ebenfalls eine europäische Energiestrategie, um zu verhindern, dass die EU zwischen den USA, China und Russland aufgegeben werde. Insgesamt sollte akzeptiert werden, dass „Nord Stream 2“ ein privatwirtschaftliches Projekt sei, das nicht zu einer einseitigen Abhängigkeit von Russland führe, sondern eher einen weiteren Baustein für eine diversifizierte europäische Energieversorgung bilde. Entscheidend sei zudem, dass ein weiterer Anstieg bei den Energiekosten verhindert werde, da ansonsten insbesondere die energieintensiven Industrien vollständig abwanderten oder vermehrt in anderen Ländern investierten. Deutschland könne dadurch seinen industriellen Kern verlieren, so seine Befürchtung. Derzeit würde in den USA rund die Hälfte weniger für Gas gezahlt als in der EU. Vor 10 Jahren hingegen seien die Preise noch vergleichbar gewesen, erläuterte Nießen.

Die Präsentation steht in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der Website (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de.

Wir danken der TOTAL Deutschland GmbH für die Gastfreundschaft.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
www.zukunftsenergien.de
Twitter @FfZeV